

Rechtlicher Überblick über das Steiermärkische Kinderbildungs- und – betreuungsgesetz (StKBBG) und das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz (StKBFG) – Kindergarten

Definition und Aufgabe

Kindergärten sind Einrichtungen für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr bis zur Erreichung der Schulpflicht. In Ausnahmefällen (z. B. mangelnde Schulreife) können Kinder auch nach Eintritt der Schulpflicht, bis längstens zum Ende jenes Kinderbetreuungsjahres, in welchem das Kind das 8. Lebensjahr vollendet, im Kindergarten aufgenommen werden bzw. verbleiben.

Kindergärten haben die Aufgabe, auf die Bedürfnisse des einzelnen Kindes unter Berücksichtigung der Familiensituation einzugehen, nach den gesicherten Erkenntnissen und Methoden der Kleinkindpädagogik die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit jedes Kindes und seine Fähigkeit zum Leben in der Gemeinschaft zu fördern und sie unter Ausschluss jedes schulartigen Unterrichts auf den Eintritt in die Schule vorzubereiten.

Bezeichnung der Einrichtung

Jede Kinderbetreuungseinrichtung ist nach dem der Erhalterin/dem Erhalter, der zutreffenden Art der Kinderbetreuungseinrichtung (Kindergarten) und der Standortadresse zu bezeichnen:

z. B. Kindergarten der Gemeinde

Großklein 68

8452 Großklein

Errichtung und Inbetriebnahme

Die Errichtung eines Kindergartens bedarf der Bewilligung der Landesregierung. Das diesbezüglich erforderliche Verfahren wird über Antrag der Erhalterin/des Erhalters eingeleitet, wobei diesem Lage-, Bau-, Umbau- oder Bestandspläne in dreifacher Ausfertigung beizulegen sind. Weiters erforderlich sind die Angaben über Eigentums- und Rechtsverhältnisse am Objekt bzw. der Liegenschaft (z. B. Mietvertrag, Grundbuchsauszug), sowie allenfalls Nachweise über die Rechtspersönlichkeit der Erhalterin/des Erhalters (z. B. bei Vereinen die Vorlage des Nichtuntersagungsbescheides, der Statuten und Vorstandslisten).

Die Bewilligung wird nach einer mündlichen Verhandlung an Ort und Stelle erteilt, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Sind diese noch nicht gegeben, kann die Bewilligung an die Erfüllung von Bedingungen und Auflagen geknüpft sein. Weiters besteht auch die Möglichkeit bis zur Erfüllung des vollständigen Raumprogramms eine befristete Bewilligung zu erteilen. Mit der Errichtungsbewilligung ist verbunden, dass die gesamte Liegenschaft auch nur für den Kindergarten verwendet werden darf. Eine Mitverwendung für andere Zwecke (z. B. Vorträge) ist nur insoweit möglich, als der Betrieb der Einrichtung dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Erst mit Bewilligung des Kindergartens und der rechtzeitigen Meldung der beabsichtigten Inbetriebnahme des Kindergartens bzw. einer zusätzlichen Gruppe (Anzeigepflicht der bevorstehenden Inbetriebnahme) kann der Betrieb auch tatsächlich aufgenommen und gefördert werden. Wer einen Kindergarten ohne die notwendige Bewilligung errichtet bzw. betreibt, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird von der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde bestraft.

Die Errichtungsbewilligung erlischt, wenn nicht binnen 2 Jahren nach erteilter Genehmigung der Betrieb aufgenommen wird.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung

Grundsätzlich haben Kindergärten bezüglich ihrer Lage, ihres Raumprogramms und ihrer Ausstattung den Aufgaben der Kinderbetreuungseinrichtung, den Grundsätzen der Pädagogik und der Hygiene sowie den Erfordernissen des Wohles und der Sicherheit der Kinder zu entsprechen. Mit Ausnahme der Bewegungsräume können die für Spielzwecke der Kinder vorgesehenen Flächen auch aus mehreren Räumen bestehen, sofern die Übersichtlichkeit gewährleistet wird. Kellerräume sind für den längeren Aufenthalt der Kinder nicht gestattet. Alle Räume, die den Spiel- und Bewegungszwecken der Kinder dienen, sollen multifunktional verwendet werden können.

Am selben Standort darf ein weiterer Kindergarten nur dann errichtet und geführt werden, wenn die Höchstzahl von fünf Gruppen im bereits bestehenden Kindergarten erreicht wurde.

Raumprogramm und Freispielflächen

Für jede Gruppe eines Kindergartens ist ein Spielraum bzw. Gruppenraum in der Größe von mindestens 60 m² sowie ein Kleingruppen/Therapieraum in geeigneter Größe einzurichten. Darüber hinaus ist ein Bewegungsraum im Ausmaß von ebenfalls mindestens 60 m² für Einrichtungen von bis zu drei Gruppen vorzusehen. Ab einer Gruppenzahl von vier ist ein weiterer gleich großer Bewegungsraum erforderlich.

Weiters sind Kindersanitäranlagen in ausreichender Anzahl (Kindersitzzellen und Waschbecken in entsprechenden Höhen) bereitzustellen, wobei eine Sitzzelle für eine allfällige behindertengerechte Ausstattung vorzubereiten ist. An Garderobenplätzen sind zumindest 30 cm je Kind erforderlich. Im Freien ist den Kindern ein Spielplatz mit möglichst 20 m² pro Kind zur Verfügung zu stellen, der dem Alter entsprechend gestaltet und mit dem der Anzahl der Kinder erforderlichen Spielmaterial ausgestattet sein muss. Die pädagogischen und sicherheitstechnischen Aspekte sollen zumindest jährlich überprüft werden.

Dem Personal ist neben einem Büro, einer Küche und einer Sanitäranlage auch ein Personalraum einzurichten. Bei einer entsprechenden Raumausstattung der Küche, kann diese aber bei eingruppigen Betrieben ebenso als Personalraum genutzt werden. Bei mehrgruppigen Kindergärten ist ein eigenständiger Personalraum jedoch unbedingt erforderlich.

Zur Aufbewahrung von Spiel- und Beschäftigungsmaterial sowie von Außenspielgeräten ist auf ausreichende Abstellräume Bedacht zu nehmen. Die Putzkammer zur Verwahrung von Reinigungsmaterialien ist mit einem Wirtschaftswaschbecken auszustatten.

Abweichungen vom Raumprogramm können aus wichtigen Gründen (z. B. geringe Anzahl von eingeschriebenen Kindern) über Antrag der Erhalterin/des Erhalters bewilligt werden.

Insbesondere bei Neubauten ist auf die Zweckmäßigkeit der Anordnung der Räume Bedacht zu nehmen. Es ist daher durchaus sachdienlich, vor Durchführung der Bewilligungsverhandlung die Pläne mit den zuständigen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung zu besprechen.

Stilllegung

Kindergärten bzw. deren einzelne Gruppen können von der Erhalterin/vom Erhalter jederzeit stillgelegt werden, wobei diese Maßnahme unverzüglich der Landesregierung bekannt zu geben ist. Bei einer beabsichtigten Stilllegung von mehr als drei Monaten hat die Bekanntgabe zumindest zwei Wochen davor zu erfolgen.

Zu beachten ist insbesondere, dass das Recht zur Führung eines Kindergartens oder einer Gruppe nach einer zweijährigen Stilllegung erlischt. In einem solchen Fall ist neuerlich um Bewilligung des Kindergartens bzw. der betreffenden Gruppe bei der Landesregierung anzusuchen.

Eine amtswegige Stilllegung auf Grund einer Verfügung der jeweils zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde hat dann zu erfolgen, wenn eine Gefährdung der Kinder im Sinne des Epidemiegesetzes 1950 besteht.

Das Unterlassen der erforderlichen Bekanntgaben oder das Nichtbefolgen der Anordnungen der Bezirksverwaltungsbehörden zieht ein Verwaltungsstrafverfahren nach sich.

Auflassung

Kindergärten bzw. deren einzelne Gruppen können ebenfalls von der Erhalterin/vom Erhalter jederzeit aufgelassen werden, wobei diese spätestens zwei Wochen vor Einstellung des Betriebes der Landesregierung anzuzeigen ist. Im Interesse des Wohles der Kinder sollte eine Auflassung jedoch nach Möglichkeit nur jeweils zum Ende eines Betriebsjahres vorgenommen werden.

Die Landesregierung hat die Auflassung mit Bescheid dann anzuordnen, wenn die Erhalterin/der Erhalter einer Aufforderung zur Mängelbehebung nicht entspricht.

Wer die erforderlichen Anzeigen unterlässt bzw. den Anordnungen der Landesregierung keine Folge leistet, begeht eine Verwaltungsübertretung, die von der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde geahndet wird.

Wechsel der Rechtsträgerschaft

Da der Übergang eines Kindergartens von einer Erhalterin/einem Erhalter auf eine neue/einen neuen einerseits eine Auflassung und andererseits eine Neugründung der Einrichtung bedeutet, hat die bisherige Erhalterin/der bisherige Erhalter die Auflassung zu melden und die nunmehr neue Erhalterin/der nunmehr neue Erhalter um Errichtungsbewilligung anzusuchen. Eine formlose Bekanntgabe der Übernahme der Rechtsträgerschaft genügt nicht.

Betriebsformen der Kindergärten

Kindergärten können als Ganzjahresbetriebe, Jahresbetriebe oder Saisonbetriebe geführt werden.

Ganzjahresbetriebe sind während des ganzen Jahres mit Ausnahme der Samstage, Sonntage und der gesetzlichen Feiertage sowie der von der Erhalterin/vom Erhalter unter möglicher Berücksichtigung der Personal- und Elternwünsche festgelegten Ferien offen zu halten. Durchgehende Ferien von zumindest drei Wochen sollten jedoch vorgesehen werden. Für Ganzjahresbetriebe beginnt das Betriebsjahr am zweiten Montag im September und endet am Sonntag vor dem zweiten Montag im September des Folgejahres.

Jahresbetriebe sind während des ganzen Jahres mit Ausnahme der Samstage, Sonntage, gesetzlichen Feiertage und der im Gesetz festgelegten Ferien (Hauptferien, Weihnachtsferien, Semesterferien und Osterferien) offen zu halten. Die Erhalterinnen/Erhalter können aber je nach örtlichen Bedürfnissen den Betrieb in den Semesterferien weiterführen.

Für Jahresbetriebe beginnt das Betriebsjahr am zweiten Montag im September und endet am Freitag, der frühestens auf den 4. Juli und spätestens auf den 10. Juli fällt. Sofern begründete öffentliche und örtliche Bedürfnisse bestehen, kann das Betriebsjahr jedoch bis zu zwei Wochen in die Zeit der Hauptferien verlängert werden.

Saisonbetriebe können aus besonderem Anlass geführt werden und sind während eines bestimmten Zeitabschnittes des Kinderbetreuungsjahres, einschließlich der gesetzlichen Ferien (Hauptferien, Weihnachtsferien und Osterferien), mit Ausnahme der Samstage, Sonntage und gesetzlichen Feiertage, längstens jedoch für vier Monate offen zu halten.

Ein Offenhalten an Samstagen kann dann erfolgen, wenn die Erhalterin/der Erhalter einen besonderen Betreuungsbedarf nachweisen kann.

Betriebsformen der einzelnen Gruppen von Kindergärten

Die einzelnen Gruppen von Kindergärten selbst können in Halbtags-, Ganztags- oder erweiterter Ganztagsform mit oder ohne Mittagsverpflegung geführt werden, wobei Gruppen in Halbtagsform grundsätzlich am Vormittag offen zu halten haben. Eine Führung am Nachmittag ist nur dann möglich, wenn die eingeschriebenen Kinder auch nur ausschließlich diesen Nachmittagsbetrieb besuchen.

Öffnungszeiten

Die Öffnungszeit in Halbtagsgruppen hat täglich mindestens 5 Stunden und höchstens 6 Stunden, in Ganztagsgruppen täglich mindestens 8 Stunden und höchstens 10 Stunden sowie in erweiterten Ganztagsgruppen täglich mindestens 12 Stunden und höchstens 14 Stunden zu betragen (Die Mindestzeiten beziehen sich auf den Anspruch auf Personalförderungsbeiträge für die jeweilige Betriebsform).

Die Aufenthaltsdauer des einzelnen Kindes im Kindergarten ist ebenfalls begrenzt. So beträgt sie in der Halbtagsgruppe täglich höchstens sechs Stunden, in der Ganztags- und erweiterten Ganztagsgruppe täglich höchstens acht, in begründeten Ausnahmefällen höchstens zehn Stunden.

Die Öffnungszeiten sind von der Erhalterin/vom Erhalter festzusetzen und in geeigneter Weise bekannt zu machen. Eine erforderliche Beaufsichtigung einzelner Kinder außerhalb der Öffnungszeiten ist von der Erhalterin/vom Erhalter selbst zu regeln (z. B. durch die Anstellung einer Tagesmutter/eines Tagesvaters).

Kindermindest- und Kinderhöchstzahl pro Gruppe

In einem Kindergarten hat die Anzahl der eingeschriebenen und betreuten Kinder pro Gruppe höchstens fünfundzwanzig zu betragen. Zur Erlangung einer Förderung vom Land Steiermark ist eine Anzahl von mindestens zehn Kindern erforderlich.

Eine geringfügige Überschreitung der Kinderhöchstzahlen (max. 2 Kinder je Gruppe) kann in begründeten Fällen von der Landesregierung bewilligt werden. Der Antrag zur Bewilligung einer Überschreitung ist schriftlich mittels Formular (siehe www.kinderbetreuung.steiermark.at) unter Angabe des Grundes, welcher die Aufnahme dringend notwendig macht, und einer pädagogischen Stellungnahme der Leiterin/des Leiters an die Steiermärkische Landesregierung zu richten.

Aufnahme und Ausschluss von Kindern

Der Besuch des Kindergartens ist generell freiwillig. Im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen ist der Kindergarten allgemein zugänglich, was bedeutet, dass die Erhalterin/der Erhalter zur Aufnahme eines Kindes verpflichtet ist, sofern diese im Hinblick auf die Kinderhöchstzahlen je Gruppe möglich ist. Wurde der Kindergarten jedoch in der Absicht errichtet, vorwiegend Kinder eigener Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer zu betreuen, kann die Erhalterin/der Erhalter diese Kinder bevorzugt berücksichtigen.

Können nicht alle angemeldeten Kinder aufgenommen werden, können in erster Linie jene Kinder berücksichtigt werden, die im Gebiet, für das der Kindergarten betrieben wird, ihren Hauptwohnsitz haben. Von jenen Kindern, die demnach für die Aufnahme in Betracht kommen, müssen die altersmäßig dem Schuleintritt am nächsten stehenden vorrangig einen Betreuungsplatz erhalten. Im Übrigen ist bei der Aufnahme, ausgehend vom Wohl des Kindes, auf die familiären und sozialen Verhältnisse, insbesondere auf die Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten, die Anzahl der Geschwister, die Wohnungsverhältnisse sowie auf Kinder mit besonderen Erziehungsansprüchen

Bedacht zu nehmen. Weiters kann die Aufnahme von einer ärztlichen Bescheinigung abhängig gemacht werden, ob dem Kind der Besuch des Kindergartens zumutbar ist.

Bei der Anmeldung des Kindes ist die Geburtsurkunde vorzulegen.

Über die Aufnahme entscheidet die Erhalterin/der Erhalter nach Anhörung der Leiterin/des Leiters des Kindergartens. Es liegt in der Verantwortung der Erhalterin/des Erhalters bei der Aufnahme darauf zu achten, dass die maximale Anzahl der Kinder pro Gruppe gewahrt wird.

Die Erhalterin/Der Erhalter **hat** ein Kind vom Weiterbesuch der Einrichtung **auszuschließen**, wenn die Voraussetzungen für die Aufnahme nicht mehr gegeben sind.

Im Einvernehmen mit der Leiterin/dem Leiter **kann** der Erhalter ein Kind vom Weiterbesuch des Kindergartens **ausschließen**, wenn

- a) die Eltern (Erziehungsberechtigten) ungeachtet einer vorausgegangenen schriftlichen Mahnung eine ihnen nach dem Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz obliegende Verpflichtung nicht erfüllen;
- b) eine nachhaltige, schwerwiegende Störung des Betriebes des Kindergartens zu befürchten und eine Verbesserung der Situation nicht zu erwarten ist,
- c) die Eltern (Erziehungsberechtigten) mit zwei oder mehreren Beiträgen im Rückstand sind und trotz schriftlicher Mahnung ihre Beiträge nicht entrichten.

Aufsicht über die Kindergärten

Die Kindergärten unterstehen der Aufsicht der Landesregierung. Daher ist diesen Organen auch der Zutritt zum Gebäude sowie zu sonstigen Teilen der Liegenschaft zu gewähren, die Einsicht in Betriebsaufzeichnungen (z. B. Kinderlisten, Anwesenheitslisten, Personallisten, Inventar...) zu ermöglichen; Auskünfte sind zu erteilen.

Mängelbehebung

Von der Aufsicht erhobene Mängel sind der Erhalterin/dem Erhalter unter Einräumung einer Frist zur Behebung bekanntzugeben. Leistet diese/dieser der Aufforderung nicht fristgerecht Folge, ist die Mängelbehebung mittels Bescheid vorzuschreiben. Bei neuerlicher Nichtbefolgung hat die Landesregierung die Auflassung des Kindergartens mit Bescheid zu veranlassen sowie ein Verwaltungsstrafverfahren einzuleiten.

Das Personal

Nach der Verwendung:

Das Personal im Kindergarten besteht grundsätzlich aus dem:

- pädagogischem Fachpersonal, das sind Kindergartenpädagoginnen/Kindergartenpädagogen
- pädagogischem Hilfspersonal, das sind Kindergartenpädagoginnen/Kindergartenpädagogen als Assistentinnen/Assistenten und Kinderbetreuerinnen/Kinderbetreuer
- Grobreinigungs- und Hauspersonal

Das pädagogische Fachpersonal und pädagogische Hilfspersonal gemeinsam bilden das Kinderbetreuungspersonal.

Nach der Funktion unterscheidet man:

- a) die Leiterin/der Leiter
- b) die Gruppenführende/den Gruppenführenden aus dem Stand des pädagogischen Fachpersonals
- c) die Assistentin/den Assistenten aus dem Stand des pädagogischen Hilfspersonals
- d) die Kinderbetreuerin/den Kinderbetreuer aus dem Stand des pädagogischen Hilfspersonals
- e) und das Grobreinigungs- und Hauspersonal

zu a) Grundsätzlich hat die Erhalterin/der Erhalter für jeden Kindergarten aus dem Stand des pädagogischen Fachpersonals eine Leiterin/einen Leiter zu bestellen, welche/welcher über eine zumindest zweijährige Verwendung im einschlägigen Fachdienst zu verfügen hat. Dieser/Diesem obliegt dann neben der Führung einer Kindergruppe die Leitung von administrativen Angelegenheiten, der Vorsitz im Kollegium des gesamten pädagogischen Fach- und Hilfspersonals und die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der Grobreinigungsarbeiten.

Der Erhalterin/Dem Erhalter steht es frei, die Leiterin/den Leiter von der Gruppenführung frei zu stellen und einzig mit den organisatorischen und administrativen Aufgaben der Leitung zu betrauen.

Zu b) Weiters hat die Erhalterin/der Erhalter für jede Gruppe zumindest eine Kindergartenpädagogin/einen Kindergartenpädagogen mit der Gruppenführung zu betrauen.

Die Gruppenführung umfasst die Planung, die Organisation und Durchführung sowie die Reflexion der Betreuungsarbeit in Zusammenarbeit mit dem übrigen Personal in der Gruppe und im Kindergarten.

Zu c und d) Die Assistentin/der Assistent ist eine nicht gruppenführende Kindergartenpädagogin/ein nicht gruppenführender Kindergartenpädagoge, welche/welcher ebenso wie die Kinderbetreuerin/der Kinderbetreuer unter Anleitung der/des Gruppenführenden/des Gruppenführenden in der Betreuung der Kinder tätig ist und daneben hauswirtschaftliche Arbeiten (z. B. die notwendigen Aufräumarbeiten, die Pflege des Mobiliars, der Wäsche und der Zimmerpflanzen, die erforderlichen Vorbereitungs- und Reinigungsarbeiten für die Mahlzeiten), mit Ausnahme der Grobreinigungsarbeiten, verrichtet.

Zu e) Die Grobreinigungskräfte und das Hauspersonal haben die Reinigungs-, Instandhaltungs- und Pflegearbeiten auf der gesamten Liegenschaft des Kindergartens zu besorgen. Im Einzelnen zählen zu diesen Arbeiten insbesondere das tägliche Reinigen der Sanitäreinrichtungen und Böden, das Reinigen der Glas- und abwaschbaren Flächen je nach Bedarf, die Rasen-, Baum- und Heckenpflege, kleine Reparaturarbeiten sowie die Schneeräumung und Sicherung der Zugangsbereiche. Erfahrungen haben gezeigt, dass für diese Tätigkeiten eine tägliche Arbeitszeit von zumindest einer Stunde je Gruppe erforderlich ist.

Hospitieren und Praktizieren

Der Erhalterin/Dem Erhalter steht es frei nach Absprache mit der Leiterin/dem Leiter des Kindergartens Personen das Hospitieren und Praktizieren in der Einrichtung grundsätzlich zu gestatten. Es bedarf jedoch vor Aufnahme der Tätigkeit einer Meldung an die Landesregierung. Die Landesregierung hat diese Tätigkeiten zu untersagen, wenn das Wohl der Kinder oder der geordnete Betrieb des Kindergartens gefährdet ist. Die Durchführung allfälliger Tätigkeiten hat unter Aufsicht und Leitung der/des jeweils Gruppenführenden zu erfolgen.

Mitwirkung betriebsfremder Personen

Die Mitwirkung betriebsfremder Personen (das sind insbesondere besonders qualifizierte Personen, welche die pädagogische Arbeit bereichern) bedarf vor Aufnahme der Tätigkeit ebenfalls der Meldung an die Landesregierung, soweit diese Tätigkeit mehr als einen Betriebstag dauert und regelmäßig über einen bestimmten Zeitraum beabsichtigt ist. Die Landesregierung hat diese Tätigkeiten wiederum zu untersagen, wenn das Wohl der Kinder oder der geordnete Betrieb des Kindergartens gefährdet ist.

Personal je Gruppe

Je nach Betriebsform haben in jeder Gruppe eines Kindergartens während der gesamten täglichen Öffnungszeit mindestens zwei Personen anwesend zu sein, von denen eine dem Stand des pädagogischen Fachpersonals und eine dem Stand des pädagogischen Hilfspersonals angehört (z. B. Kindergartenpädagogin/Kindergartenpädagoge und Kinderbetreuerin/Kinderbetreuer). Für die Fälle, in denen während der Öffnungszeiten höchstens sieben Kinder anwesend sind, kann mit einer Kindergartenpädagogin/einem Kindergartenpädagogen das Auslangen gefunden werden.

Aus wichtigen Gründen, wie zum Beispiel bei einer geringen Anzahl von eingeschriebenen Kindern, kann die Landesregierung über Antrag der Erhalterin/des Erhalters Abweichungen von der gesetzlich geforderten Personalausstattung (Personaldispens) bewilligen.

Für die Fälle in denen wegen zu geringer Kinderzahlen eine Ganztagsbetreuung im Kindergarten nicht möglich ist, kann die Erhalterin/der Erhalter bewilligte Tagesmütter/Tagesväter für die Betreuung von bis zu vier Kindern (wobei zumindest zwei Kinder eine Vormittagsgruppe zwingend besuchen müssen) in den Räumlichkeiten des Kindergartens verwenden. In diesem Fall wird diese Betreuungszeit im Ausmaß der Förderung für Tagesmütter/Tagesväter unterstützt.

Aufsichtspflicht

Grundsätzlich obliegt dem Kinderbetreuungspersonal (pädagogischen Fach- und Hilfspersonal) des Kindergartens die Aufsicht über die Kinder während der gesamten täglichen Öffnungszeit (beginnend mit der Übernahme der Kinder und endend mit der Übergabe der Kinder an die Eltern oder eine geeignete, jedenfalls über 14-jährige, Begleitperson) auf der gesamten Liegenschaft des Kindergartens sowie bei jenen Veranstaltungen (auf oder außerhalb der Liegenschaft), die während des Betriebsjahres mit Zustimmung des Erhalters durchgeführt werden. Sofern der Erhalter den Aufenthalt der Kinder bereits vor dem Beginn und nach dem Ende der Öffnungszeit auf der Liegenschaft des Kindergartens erlaubt, hat sie/er gesondert für die Beaufsichtigung der Kinder zu sorgen (z. B. durch die Anstellung einer Tagesmutter/eines Tagesvaters).

Bei Veranstaltungen außerhalb der Liegenschaft (z.B. Ausflügen) ist eine Aufsichtsperson für je sechs Kinder vorzusehen. Abweichend von dieser Bestimmung genügen für Kindergärten zwei Aufsichtspersonen aus dem Stand des Kinderbetreuungspersonals je Gruppe, wenn es sich um regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen im Nahbereich der Kindergartenliegenschaft handelt und keine Gefährdung der Kinder, insbesondere durch örtliche Verkehrsverhältnisse, zu erwarten ist.

Sofern im Rahmen der Integration Kinder mit besonderen Erziehungsansprüchen den Kindergarten besuchen, ist für höchstens zwei von diesen Kindern eine Aufsichtsperson vorzusehen. Aufsichtspersonen müssen eigenberechtigt und volljährig, das heißt über 18 Jahre alt sein.

Insbesondere hier können Eltern aktiv mitwirken und mit Zustimmung der Erhalterin/des Erhalters als zusätzliche Aufsichtspersonen fungieren.

Vertretung

Leiterinnen/Leiter werden im Fall ihrer Abwesenheit von der/dem Gruppenführenden, Gruppenführende von den Assistentinnen/Assistenten aus dem Stand der Kindergartenpädagoginnen/Kindergartenpädagogen vertreten und übernehmen sowohl deren Aufgaben als auch Stellung.

Die Erhalterin/Der Erhalter hat unverzüglich für die Vertretung zu sorgen. Sofern trotz ihres/seines Bemühens keine geeignete Vertretung gefunden werden kann, ist die Weiterführung der betroffenen Gruppe mit Kinderbetreuerinnen/Kinderbetreuern oder durch Aufteilung der Kinder auf weitere bestehende Gruppen bis längstens drei Wochen möglich (provisorische Weiterführung).

Der Kindergarten ist von der Erhalterin/vom Erhalter jedenfalls dann stillzulegen, wenn die Vertretung nicht innerhalb dieser Frist erfolgt. Sofern es in einem solchen Fall nicht zur Stilllegung durch die Erhalterin/den Erhalter kommt, ist diese/dieser von der Landesregierung auf den Mangel schriftlich aufmerksam zu machen und zur Behebung innerhalb einer angemessenen Frist aufzufordern. Kommt sie/er dieser Aufforderung nicht nach, hat die Landesregierung die Behebung des Mangels mittels Bescheid zu verfügen. Wird dieser Anordnung wiederum keine Folge geleistet, hat die Landesregierung die Auflassung des Kindergartens bzw. der betroffenen Gruppe mit Bescheid anzuordnen sowie ein Verwaltungsstrafverfahren einzuleiten.

Fortbildung des Personals

Der Besuch von Fortbildungsveranstaltungen ist für das Kinderbetreuungspersonal (pädagogisches Fach- und Hilfspersonal) in Kindergärten eine Dienstobliegenheit und somit im Ausmaß von mindestens drei Tagen je Betriebsjahr verpflichtend. Die Erhalterinnen/Erhalter haben, sofern es sich um Fortbildungsveranstaltungen innerhalb der Steiermark handelt, dem Personal die Teilnahme zu ermöglichen. Bei außerhalb des Bundeslandes stattfindenden Veranstaltungen kann die Erhalterin/der Erhalter dem Personal die Teilnahme ermöglichen. Unter Fortbildungsveranstaltungen sind auch spezifische Veranstaltungen zur Qualifikation des Kinderbetreuungspersonals zu verstehen (z.B. Seminare für Leiterinnen/Leiter).

Ausbildung für Kinderbetreuerinnen/Kinderbetreuer

Für die Tätigkeit als Kinderbetreuerin/Kinderbetreuer ist die Absolvierung des Ausbildungslehrganges für Kinderbetreuerinnen/Kinderbetreuer und Tagesmütter/Tagesväter erforderlich, der in der Kinderbetreuungs-Ausbildungsverordnung 2010 geregelt ist.

Die Mindestvoraussetzungen für die Zulassung zum Ausbildungslehrgang für Kinderbetreuerinnen/Kinderbetreuer und Tagesmütter/Tagesväter sind:

- ein Mindestalter von 18 Jahren
- die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht
- der positive Abschluss der Hauptschule oder einer mindestens gleichwertigen Schule
- die psychische und physische Eignung sowie
- ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, soweit diese für die Betreuungstätigkeit notwendig sind.

Kandidatinnen/Kandidaten mit vergleichbaren Ausbildungen haben die fehlenden Unterrichtseinheiten mit den spezifischen Lehrinhalten nach zu belegen. Die Landesregierung hat über die Anrechnung des Stundenausmaßes zu entscheiden.

Die Ausbildung enthält folgende Ausbildungsbereiche:

- a) Persönlichkeitsbildung und Kommunikation im Ausmaß von mindestens 57 Stunden
- b) Entwicklungspsychologie und Erziehungslehre im Ausmaß von mindestens 92 Stunden
- c) Praktische Arbeit mit Kindern in den einzelnen Bildungsbereichen im Ausmaß von mindestens 108 Stunden
- d) Spezielle Didaktik der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im Ausmaß von mindestens 38 Stunden
- e) Spezielle organisatorische und rechtliche Fragen der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im Ausmaß von mindestens 20 Stunden
- f) Praktikum in einer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung im Ausmaß von insgesamt 160 Stunden, verteilt auf mindestens 30 Werktage, während der Dauer des Ausbildungslehrganges, wobei mindestens 40 Stunden und höchstens 80 Stunden bei einer Tagesmutter/einem Tagesvater absolviert werden müssen.

Der Abschluss der Ausbildungslehrgänge erfolgt mit einer schriftlichen Seminararbeit zu einem praxisbezogenen Thema und einer mündlichen Prüfung zum Inhalt der Ausbildungslehrgänge nach erfolgreicher Absolvierung zweier schriftlicher Lernzielkontrollen während des Ausbildungslehrganges. Die mündliche Prüfung ist vor einer Prüfungskommission abzulegen, die aus Vertreterinnen/Vertretern der Organisatorin/des Organisations und mindestens einer Referentin/einem Referenten besteht. Der positive Abschluss der Ausbildung wird durch ein Zeugnis bestätigt, das von der Steiermärkischen Landesregierung im Einvernehmen mit der jeweiligen Organisatorin/dem jeweiligen Organisator auf Grund von deren/dessen Meldungen auszufertigen ist.

Elternrechte und Elternpflichten

Eltern haben die Möglichkeit im Interesse ihrer Kinder engen Kontakt mit dem Personal zu pflegen sowie an den in regelmäßigen Abständen stattfindenden Veranstaltungen (z. B. Elternrunden) teilzunehmen. Darüber hinaus besteht für sie auch die Möglichkeit aktiv am Betrieb mitzuwirken, wie zum Beispiel als zusätzliche Aufsichtspersonen bei Veranstaltungen.

Die Erziehungsberechtigten haben dafür zu sorgen, dass das Kind rechtzeitig in den Kindergarten gebracht und von dort abgeholt wird und frei von ansteckenden Krankheiten ist. Weiters haben sie dafür zu sorgen, dass der Besuch des Kindergartens regelmäßig erfolgt und die verpflichtenden Anwesenheitszeiten eingehalten werden. Diese betragen bei halbtägiger Einschreibung mindestens 4 Stunden pro Tag an zumindest 4 Tagen pro Woche, bei ganztägiger Einschreibung mindestens 4 Stunden pro Tag am Vormittag an zumindest 4 Tagen pro Woche.

Eltern von Kindern im verpflichtenden Kinderbetreuungs-jahr (das ist das Kinderbetreuungs-jahr vor Eintritt der Schulpflicht) sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass ihr Kind, das seinen Hauptwohnsitz in der Steiermark hat, eine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung (Kindergarten, Alterserweiterte Gruppe, Kinderhaus) an 5 Tagen pro Woche für insgesamt 20 Stunden besucht. Die Verpflichtung zum Besuch dieser Kinderbetreuungseinrichtung gilt während des Betriebsjahres, ausgenommen sind die Ferien sowie die schulfreien Tage.

Darüber hinaus haben die Eltern den von der Erhalterin/vom Erhalter festgesetzten Beitrag für den Besuch des Kindergartens (bei Ganzjahresbetrieben in zwölf Teilbeträgen, bei Jahresbetrieben in elf Teilbeträgen, bei Einhebung sozial gestaffelter Beiträge jedoch nur in zehn Beiträgen und bei Saisonbetrieben für die jeweils eingeschriebene Wochenanzahl) regelmäßig zu entrichten.

Förderungen

1. Für die Erhalterin/den Erhalter

Für die Erhalterinnen/Erhalter von Kindergärten sind Beiträge des Landes zum Personalaufwand, die Gewährung von Pflichtjahr – und Sozialstaffel-Beitragsätzen sowie Beiträge aus dem Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen vorgesehen.

⇒ Beiträge des Landes zum Personalaufwand

Das Land hat für Kindergärten die Verpflichtung übernommen, auf Antrag der Erhalterin/des Erhalters einen Beitrag zum Personalaufwand der Einrichtung zu leisten. Über die Gewährung entscheidet die Landesregierung mit Bescheid.

Die Förderung ist jedoch nur dann zu gewähren, wenn

- a) mit der Führung des Kindergartens keine Gewinnerzielung bezweckt wird,
- b) der Kindergarten den Bestimmungen des Steiermärkischen Kinderbildungs- und –betreuungsgesetzes, in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere den darin vorgesehenen Vorschriften betreffend die erforderliche Personalausstattung, einschließlich allfälliger Ausnahmegenehmigungen der Landesregierung, entspricht,

- c) die Mindestzahl der eingeschriebenen Kinder pro Gruppe zehn beträgt,
- d) die tägliche Mindestöffnungszeit erfüllt ist (in Halbtagsform 5 Stunden, in Ganztagsform 8 Stunden und in erweiterter Ganztagsform 12 Stunden).
- e) ein Bedarf für diesen Kindergarten glaubhaft gemacht wird und
- f) für das verpflichtende Kinderbetreuungsjahr für ein Betreuungsausmaß von mindestens 30 Wochenstunden kein Kostenbeitrag eingehoben wird.

Eine Förderbarkeit von Nachmittagsgruppen besteht dann nicht, wenn darin auch Kinder betreut werden sollen, die bereits in einer sich am selben Standort befindlichen Vormittagsgruppe untergebracht sind.

Die Förderung ist zurückzuzahlen, wenn die unter Punkt a) bis f) genannten Voraussetzungen oder die für das Personal geltenden Mindestlohntarife sowie dienst- und gehaltsrechtlichen Bestimmungen nicht eingehalten werden.

Die aktuellen Personalförderungsbeiträge des Landes sind unter www.kinderbetreuung.steiermark.at zu finden.

Die Monatsbeiträge des Landes werden den Erhalterinnen/Erhaltern einmal im Kinderbetreuungsjahr als Pauschalbeitrag angewiesen. Der jeweilige Monatsbeitrag gebührt jedoch nur für volle Betriebsmonate, daher können Restzeiten unter einem Monat bei der Auszahlung nicht berücksichtigt werden. In Abweichung davon ist bei Saisonbetrieben ein Betriebszeitraum von vier Wochen für den Fördererhalt ausreichend.

Der aktuelle monatliche Landesbeitrag pro voller Betreuungsstunde für eingesetzte Tagesmütter/Tagesväter in Kindergärten ist ebenfalls unter www.kinderbetreuung.steiermark.at zu finden. Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist die nachweisliche Betreuungstätigkeit von mindestens 100 Stunden pro Kalendermonat.

⇒ Pflichtjahr-Beitragsersatz

Das Land hat den Erhalterinnen/Erhaltern von Kindergärten auf Antrag für Kinder, die sich im verpflichtenden Kinderbetreuungsjahr befinden und einen Kindergarten besuchen, zusätzlich zu den Personalförderungsbeiträgen einen Pflichtjahr-Beitragsersatz zu gewähren. Voraussetzung dafür ist, dass die Erhalterin/der Erhalter für die betreffende Gruppe der Einrichtung, in der das jeweilige Kind das verpflichtende Kinderbetreuungsjahr absolviert, Anspruch auf Personalförderung hat, für Kinder im verpflichtenden Kinderbetreuungsjahr für ein Betreuungsausmaß von mindestens 30 Wochenstunden kein Kostenbeitrag eingehoben wird und das betreffende Kind seinen Hauptwohnsitz in der Steiermark hat oder der Arbeitsplatz eines Elternteiles, mit dem das Kind im gemeinsamen Haushalt lebt, sich in der Steiermark befindet.

Die jeweils aktuelle Höhe des Pflichtjahr-Beitragsersatzes ist auf www.kinderbetreuung.steiermark.at zu finden.

⇒ Sozialstaffel-Beitragsersatz

Das Land hat den Erhalterinnen/Erhaltern von Kindergärten auf Antrag zusätzlich zu den Personalförderungsbeiträgen für die Betreuung der Kinder Beitragsersatz zu gewähren, wenn die Erhalterin/der Erhalter für die betreffende Gruppe der Einrichtung, die das jeweilige Kind besucht, Anspruch auf Personalförderung hat, für alle Kinder für das ganze Betriebsjahr Kostenbeiträge in maximal jener Höhe eingehoben, die sich auf Grund der Sozialstaffel des Landes ergeben und das jeweilige Kind seinen Hauptwohnsitz in der Steiermark hat oder der Arbeitsplatz eines Elternteiles, mit dem das Kind im gemeinsamen Haushalt lebt, sich in der Steiermark befindet.

Für Kinder im verpflichtenden Kinderbetreuungsjahr sind nur Betreuungszeiten ersatzfähig, für die kein Pflichtjahr-Beitragsersatz gewährt wird.

Die Höhe des Beitragsersatzes ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Kostenbeitrag, den die Eltern des jeweiligen Kindes auf Grund der Sozialstaffel in der höchsten Einkommensstufe zu leisten hätten, und dem Kostenbeitrag, der sich nach dieser Sozialstaffel auf Grund des ermittelten monatlichen Familiennettoeinkommens errechnet.

Die jeweils aktuellen Tabellen für die Sozialstaffel sind auf www.kinderbetreuung.steiermark.at zu finden.

⇒ Beiträge des Landes aus dem Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen

Zur Unterstützung der Gemeinden als Erhalterinnen/Erhalter öffentlicher Kindergärten sowie privater Erhalterinnen/Erhalter wurde als Sondervermögen des Landes ein Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen errichtet.

Dieser Baufonds besteht aus den vom Land zur Verfügung gestellten Mitteln, allfälligen Zuschüssen des Bundes und sonstigen Zuwendungen.

Die Mittel aus dem Baufonds sind den Erhalterinnen/Erhaltern als nicht rückzahlbare Zuschüsse zur Beschaffung von Grundstücken und Baulichkeiten von Kindergärten, für Neu-, Zu- und Umbauten von diesen Einrichtungen dienenden Gebäuden und Räumlichkeiten sowie für die pädagogische Gestaltung der erforderlichen Freispielflächen zu gewähren.

Voraussetzung für die Gewährung eines Zuschusses ist der regelmäßige Betrieb des Kindergartens durch mindestens fünf Jahre. Sofern der Betrieb weniger als fünf Jahre aufrechterhalten wird, sind die Zuschüsse aus dem Baufonds abgestuft nach Jahren aliquot an das Land zurückzuzahlen.

Der Umfang des Vorhabens muss durch Vorlage eines Kostenvoranschlages nachgewiesen werden, wobei nur die unbedingt notwendigen Aufwendungen zu berücksichtigen sind.

Auf die Gewährung von Zuschüssen aus dem Baufonds besteht kein Rechtsanspruch.

Aktuelle Informationen zur Bauförderung sind unter www.kinderbetreuung.steiermark.at zu finden.

2. Für die Eltern

⇒ Sozial gestaffelte Elternbeiträge

Sofern die Erhalterin/der Erhalter der jeweiligen Kinderbetreuungseinrichtung sich für das System der sozial gestaffelten Elternbeiträge entscheidet, muss sie/er diese abhängig vom monatlichen Familiennettoeinkommen und von der jeweiligen täglichen Betreuungszeit des Kindes laut der vom Land Steiermark vorgegebenen Tabellen einheben (Siehe Tabellen unter www.kinderbetreuung.steiermark.at).

Die Sozialstaffel gilt für die Betreuung von Kindern vom 3. Geburtstag bis zum Schuleintritt in Kindergärten, Kinderhäusern, Alterserweiterten Gruppen und Heilpädagogischen Kindergärten in den Organisationsformen Kooperative Gruppe und Integrationsgruppe.

Die Berechnung des monatlichen Familiennettoeinkommens wird von der Erhalterin/vom Erhalter vorgenommen.

Werden keine Einkommensnachweise vorgelegt, so darf maximal der in der Tabelle für das jeweilige monatliche Familiennettoeinkommen und die entsprechende Betreuungszeit angeführte Elternbeitrag eingehoben werden.

Zum monatlichen Familiennettoeinkommen zählt das Nettoeinkommen aller im gemeinsamen Haushalt lebenden, gegenüber dem Kind, für das der sozial gestaffelte Elternbeitrag in Anspruch genommen wird, unterhaltspflichtigen Familienangehörigen.

Nähere Informationen, welche Einkünfte zum Familiennettoeinkommen zählen und welche Unterlagen der Erhalterin/dem Erhalter für die Berechnung des Elternbeitrages vorzulegen sind, sind unter www.kinderbetreuung.steiermark.at zu finden.

⇒ Landes-Kinderbetreuungsbeihilfe

Sofern die Elternbeiträge nicht ohnehin sozial gestaffelt eingehoben werden, gewährt das Land den Eltern (Erziehungsberechtigten), deren Kinder einen Kindergarten regelmäßig in der Dauer von mindestens vier Wochen besuchen, eine monatliche Landes-Kinderbetreuungsbeihilfe. Diese ist, unter Berücksichtigung der zumutbaren Belastung, nach dem Einkommen der Eltern (Erziehungsberechtigten) und der im Haushalt lebenden unversorgten Kinder zu gewähren. Die aktuellen Beihilfentabellen sind auf www.kinderbetreuung.steiermark.at zu finden.

Die Formulare für die Antragstellung sind bei der Leitung des Kindergartens sowie im Internet unter www.kinderbetreuung.steiermark.at erhältlich.

Der vollständig ausgefüllte und unterfertigte Antrag ist samt den Einkommensnachweisen jener Gemeinde zu übermitteln, in deren Bereich der Kindergarten liegt.

Wird der Antrag innerhalb von drei Monaten nach Beginn des Besuches des Kindergartens gestellt, wird die Beihilfe rückwirkend ab Beginn des Besuches gewährt. Bei später einlangenden Anträgen wird die Kinderbetreuungsbeihilfe mit Beginn jenes Monats, in dem der Antrag beim zuständigen Gemeindeamt eingelangt ist, gewährt. Anträge, die nach Beendigung des Besuches eines Kindergartens eingebracht werden, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Auszahlung der Kinderbetreuungsbeihilfe kann frühestens nach Ablauf von drei Monaten ab dem Tag des Einlangens des vollständig und richtig ausgefüllten Antrages beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 6, Referat Kinderbildung und -betreuung, erfolgen. Die Beihilfenauszahlung erfolgt grundsätzlich monatlich im Nachhinein und wird nicht gewährt, wenn die monatliche Beihilfe unter 2,18 Euro liegt.

Sämtliche Tatsachen, die eine Änderung der Höhe der Landes-Kinderbetreuungsbeihilfe oder deren Verlust zur Folge haben können, sind innerhalb von einem Monat nach deren Bekanntwerden der Landesregierung, Abteilung 6, Referat Kinderbildung und -betreuung, anzuzeigen.

Zu Unrecht empfangene Kinderbetreuungsbeihilfen sind zurückzuerstatten. Die Rückforderung erfolgt mittels Bescheid.